

Michelsen, Claus et al.

Article

Deutscher Wirtschaft geht es den Umständen entsprechend gut

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Michelsen, Claus et al. (2020) : Deutscher Wirtschaft geht es den Umständen entsprechend gut, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 37, pp. 637-640, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-37-1

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226734>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

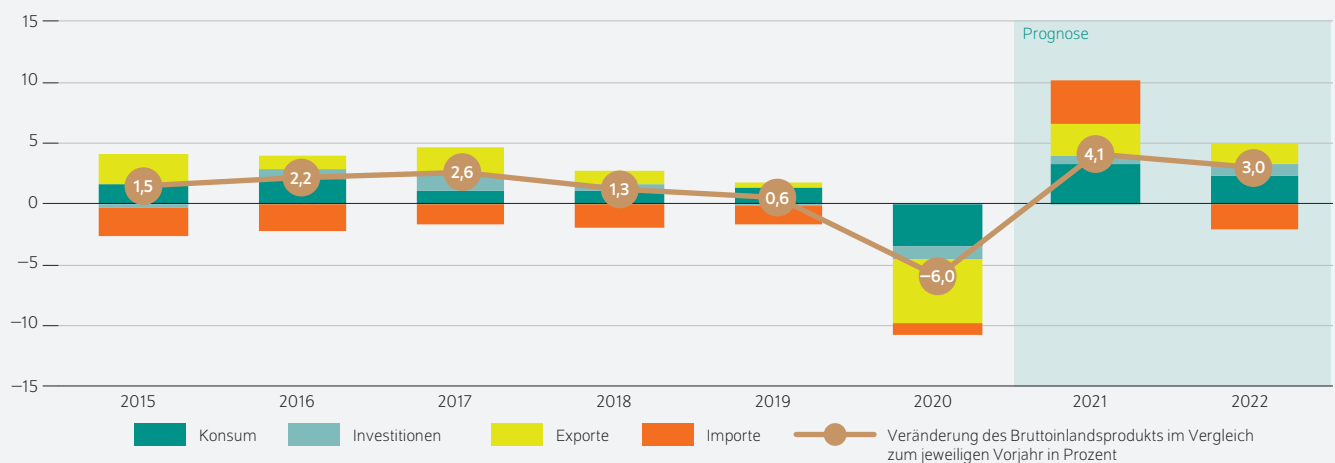
Deutscher Wirtschaft geht es den Umständen entsprechend gut

Von Claus Michelsen et al.

- Deutsche Wirtschaft kommt bisher besser durch die Krise als befürchtet – Einschätzung, diese könne schnell überwunden werden, wäre aber verfrüht
- Bruttoinlandsprodukt dürfte dieses Jahr um rund sechs Prozent sinken, sofern erneute coronabedingte Einschränkungen ausbleiben – Prognose fällt optimistischer aus als im Sommer
- Vor allem privater Konsum legt im weiteren Jahresverlauf deutlich zu: Kurzarbeit geht allmählich zurück, verfügbare Einkommen steigen
- Vergleichsweise schnelle Erholung in China lässt deutsche Exportwirtschaft hoffen, Wirtschaft und Arbeitsmärkte vieler Handelspartner aber deutlich stärker betroffen
- Bundesregierung sollte an Stabilisierungspolitik festhalten und Zukunftsinvestitionen vor allem in den Bereichen Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung erhöhen

Deutsche Wirtschaft bricht weniger ein als befürchtet – Krise ist aber noch lange nicht ausgestanden

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft ist bisher besser durch die Krise gekommen als befürchtet. Euphorie wäre aber verfehlt. Viele wichtige Handelspartner hat es noch weitaus schwerer getroffen, was die Exportwirtschaft in eine ungewisse Zukunft blicken lässt. Und auch in Deutschland werden viele wirtschaftliche Schäden erst nach und nach sichtbar.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutscher Wirtschaft geht es den Umständen entsprechend gut

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Laura Pagenhardt, Sandra Pasch und Malte Rieth

Die Corona-Krise hat weltweit zu drastischen Einbrüchen der Wirtschaftsleistung geführt. Im zweiten Quartal sank die Bruttowertschöpfung in vielen Ländern um mehr als zehn Prozent und damit in einem vielerorts noch nie dagewesenen Ausmaß. Vor allem die entwickelten Volkswirtschaften mussten deutliche Einbußen hinnehmen.

Die deutsche Wirtschaft ist mit einem Rückgang von 9,7 Prozent im zweiten Quartal so stark geschrumpft wie noch nie. Gleichwohl haben die Unternehmen und Haushalte die Krise hierzulande bisher besser verkraftet als befürchtet. Die entschlossene geld- und finanzpolitische Stabilisierung hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Das Anfahren wirtschaftlicher Aktivität beinahe aus dem Stillstand heraus dürfte nun zu kräftigen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Sommermonaten führen. Dies sollte allerdings nicht zu der Einschätzung verleiten, dass die Krise schnell überwunden werden könnte. Zu groß sind die Unwägbarkeiten für Haushalte und Unternehmen, deren Stimmung sich zwar aufgehellt hat, die aber fürchten müssen, dass sich das Pandemiegeschehen erneut dynamischer entwickelt und dass es abermals zu größeren Einschränkungen kommt. Auch sind die Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmensbilanzen und die Arbeitsmarktentwicklung noch nicht vollständig sichtbar. Der enorme Eigenkapitalverzehr und die geringeren verfügbaren Einkommen dürften die Nachfrage nach Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern längere Zeit dämpfen und die Erholung bremsen. Ein Lichtblick ist die Entwicklung Chinas, dessen wirtschaftliche Aktivität bereits im zweiten Quartal wieder deutlich zugelegt hat und auch die Exporttätigkeit hierzulande stützt.

Die Bundesregierung hat entschlossen auf die Krise reagiert und zahlreiche Maßnahmen zur Sicherung von Unter-

nehmen und Arbeitsplätzen sowie zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beschlossen – darunter die Absenkung der Mehrwertsteuer und umfangreiche Aufstockungen der investiven Ausgaben. In vielen Sektoren dürften die bereitgestellten Liquiditätshilfen und Eigenkapitalspritzen das Überleben von Unternehmen gesichert haben. Beispielsweise das Kurzarbeitergeld, der erleichterte Zugang zu Wohngeld und zur Grundsicherung haben die Einkommen der privaten Haushalte erheblich stabilisiert. Diese gaben im zweiten Quartal zwar deutlich nach – der Rückgang der verfügbaren Einkommen von rund einem Prozent ist aber weitaus geringer als der Rückgang der Bruttowertschöpfung. Vielfach wurden diese Einkommen aber nicht ausgegeben, sondern gespart. Die Sparquote hat sich im zweiten Quartal in etwa verdoppelt und liegt nun bei über 20 Prozent. Darin kommt auch die erhebliche Verunsicherung der VerbraucherInnen zum Ausdruck. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben deutlich stärker Federn gelassen und dürften die Eigenkapitaldecke vieler Betriebe erheblich ausgedünnt haben. Dies lastet auf der Investitionstätigkeit, die im zweiten Quartal beispieldarm um rund 20 Prozent eingebrochen ist.

Das DIW Berlin erwartet deshalb einen erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung für das laufende Jahr. Gleichwohl hat sich der Ausblick aufgehellt. Die wirtschaftliche Lage stellt sich nicht zuletzt auch wegen der erheblichen politischen Anstrengungen positiver dar, als noch im Sommer erwartet. Sollte es nicht noch einmal zu massiven Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens kommen, rechnet das DIW Berlin nunmehr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung Deutschlands um 6,0 Prozent im laufenden Jahr. Die Weltwirtschaft wird voraussichtlich um vier Prozent schrumpfen. Anders als im Sommer prognostiziert, zeigt sich die Erholung dynamischer. Deshalb hebt das

DIW Berlin seine Prognose auch für das kommende Jahr auf einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 4,1 Prozent an.

Trotz des positiveren Ausblicks wird die Corona-Krise nicht binnen Monaten überwunden werden können. Vielmehr zieht sich die Erholung voraussichtlich bis spät in das kommende Jahr hinein und ist zudem mit erheblichen Risiken behaftet. Nach wie vor ist keine medizinische Antwort auf das Virus gefunden und es besteht ein erhebliches Risiko, dass weitere Infektionswellen zu erneuten wirtschaftlichen Einbrüchen führen – selbst wenn Deutschland ein Ansteigen der Infektionszahlen verhindern kann, könnten weitere Infektionswellen in den wichtigsten Absatzmärkten zu einem drastischen Rückgang der Nachfrage unter anderem nach Maschinen und Anlagen, also den deutschen Exportschlägern, führen. Zudem ist es möglich, dass einige Wirtschaftsbereiche nicht zu alter Stärke zurückfinden und Unternehmen insolvent gehen. Eine Insolvenzwelle hätte auch negative Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Bislang stabilisierte das Kurzarbeitergeld die Belegschaften – bleibt die Nachfrage nach bestimmten Waren und Dienstleistungen längere Zeit schwach, wäre auch mit deutlich steigenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Neben der in dieser Prognose unterstellten zügigeren Erholung sind daher weiterhin auch Szenarien denkbar, die in ihrem Verlauf einem U – einer deutlich längeren Schwächephase – oder einem L mit dauerhaft negativen wirtschaftlichen Folgen gleichen. Kommt es zu weiteren unkontrollierten Infektionswellen, dann ist auch ein W-förmiger Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung möglich.

Tritt die nun prognostizierte positive Entwicklung ein, dürften die gesamtwirtschaftlichen Spuren dennoch tief sein und länger nachwirken. Die Investitionstätigkeit wird wohl erheblich leiden und die nun ausbleibende Erweiterung und Modernisierung des Kapitalstocks das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft schmälern. Ähnliches gilt für das

Auslandsgeschäft, denn dessen Dynamik hängt maßgeblich von der Investitionstätigkeit in den deutschen Absatzmärkten ab. Die privaten Haushalte reduzieren ihre aktuell äußerst hohe Ersparnisbildung erst allmählich, was den Konsum dämpft. Ebenfalls dürfte die Kurzarbeit nur nach und nach zurückgefahren werden und die Lohnentwicklung vergleichsweise schwach bleiben. Unter dem Strich wird der Staat in den kommenden drei Jahren erhebliche Defizite anhäufen. Allein in diesem Jahr dürfte ein Defizit in der Größenordnung von rund 215 Milliarden Euro entstehen.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist es nicht an der Zeit, eine vorzeitige Beendigung der finanzpolitischen Unterstützung zu initiieren oder die Neuverschuldungsgrenzen der Schuldenbremse kurzfristig, gar schon im kommenden Jahr, einhalten zu wollen. Vielmehr ist es für die Zuversicht von Unternehmen und Haushalten wichtig, dass die Rettungspakete weiter als Versicherung zur Verfügung stehen. Dabei ist es kein Zeichen für deren Wirkungslosigkeit, wenn diese nicht vollständig abgerufen werden: Die Tatsache, dass Mittel aus den Soforthilfemaßnahmen in erheblichem Umfang bislang nicht abgerufen wurden, lässt auch die Interpretation zu, dass die Unternehmen bisher besser durch die Krise gekommen sind als befürchtet.

Unabhängig von der aktuellen Krise gibt es in Deutschland erhebliche Investitionsbedarfe. Es wäre ein wichtiges Signal, dass diese in den kommenden Jahren adressiert werden und der Standort in wichtigen Bereichen wie der Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur oder in den Bereichen Forschung und Entwicklung weiterentwickelt wird. Bekannt ist, dass die Hebelwirkung derartiger Ausgaben gerade in Zeiten der Unterauslastung besonders hoch ist. Die kurzfristige Stabilisierungspolitik um ein Zukunftsprogramm zu erweitern, dass Investitionsbedarfe über einen längeren Zeitraum adressiert, wäre ein wichtiges Signal an die MarktteilnehmerInnen und würde die mittelfristigen Wachstumsaussichten deutlich aufhellen.

EDITORIAL

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin |
cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer war wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kkhodilin@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Sandra Pasch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | spasch@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | mrieth@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2020:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 10. September 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch (erster und zweiter Bericht); Dr. Stefan Bach (dritter Bericht)

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter